

HRI-Konjunkturprognose

Rückkehr zur Normalität

Der Aufschwung in Deutschland schwächt sich zwar ab, doch ein Ende ist noch nicht in Sicht.

D. Huchzermeier, B. Köster, A. Schrinner Düsseldorf

Seit vier Jahren ist nicht mehr der Außenhandel der wichtigste Wachstumstreiber der deutschen Volkswirtschaft, sondern der Konsum. Und das wird nach der neuen Konjunkturprognose des Handelsblatt Research Institute (HRI) auch in nächster Zeit so bleiben. Wir gehen davon aus, dass der Arbeitsmarkt weiter gut laufen und die Beschäftigung weiter steigen wird, allerdings verhaltener als in den vergangenen Jahren. Nicht zuletzt aufgrund des Fachkräftemangels in Teilen der Wirtschaft und der in einigen Regionen erreichten Vollbeschäftigung ziehen die Löhne allmählich spürbar an. Dies stärkt den privaten Konsum.

Hinzu kommt der Staat, der einerseits seine Ausgaben hochfährt und zum anderen in 2019 viele Bürger entlastet. Insgesamt gibt die Fiskalpolitik 2019 der deutschen Volkswirtschaft einen Schub von etwa 0,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Ungeachtet dessen gehen wir davon aus, dass sich das Wirtschaftswachstum in 2019 merklich auf 1,4 Prozent abschwächen und damit 0,5 Punkte hinter dem Zuwachs in diesem Jahr zurückbleiben dürfte.

„Die sehr leistungsfähige und deshalb traditionell exportstarke deutsche Industrie leidet unter den handelspolitischen Unsicherheiten, die vom Brexit, den erratischen Äußerungen des US-Präsidenten Donald Trump sowie der Zollspirale zwischen den USA und China ausgelöst werden“, sagte HRI-Präsident Bert Rürup. „Gleichzeitig wachsen die Importe wegen der starken Binnenkonjunktur deutlich stärker als die Exporte.“

Handelsüberschuss sinkt

Dies hat zur Folge, dass vom Außenhandel negative Wachstumsbeiträge ausgehen werden. Das Wachstum wird daher gedrückt, dieses Jahr um 0,2 und kommendes Jahr um 0,4 Punkte. Folglich sinkt der nicht nur von Trump kritisierte Leistungsbilanzüberschuss Deutschlands. Nach knapp acht Prozent im Verhältnis zum BIP im Jahr 2017 wird dieser Überschuss in 2019 auf unter sieben Prozent sinken. Dies entspricht einem Abbau von rund zwanzig Milliarden Euro - immerhin dem Gegenwert von einer Million VW Golfs. Damit nähert sich Deutschland dem in der EU vereinbarten oberen Schwellenwert von sechs Prozent an.

Ungeachtet der etwas schwächeren gesamtwirtschaftlichen Dynamik entwickelt sich die Binnenkonjunktur weiterhin robust. Der private Konsum wird dieses Jahr real um 1,5 Prozent und 2019 um 1,4 Prozent zulegen. Auch die Investitionen steigen, dieses Jahr um beachtliche 3,4 Prozent und 2019 dann um weitere 2,3 Prozent. Für den Bau erwarten wir ab kommendem Jahr keine nennenswerten Zuwächse mehr; dazu fehlen freie Kapazitäten und insbesondere Fachkräfte. Da aber die öffentliche Hand immer stärker als Bauherr in

Nach dem Handelsgesetzbuch können Verstöße gegen Veröffentlichungspflichten mit bis zu zehn Millionen Euro oder fünf Prozent des Jahresumsatzes geahndet werden.

Die Wirtschaft hält das für wenig zielführend. „Sanktionen für Unternehmen, die Quoten in Aufsichtsräten und Vorständen nicht erfüllen, werden nicht helfen“, meint Iris Plöger vom BDI. In den Kernbereichen der produzierenden Industrie liege der Frauenanteil unter 30 Prozent. Den meisten Unternehmen werde nur ein „Freikauf“ oder die Einstellung von Geschäftstätigkeiten bleiben. „Das wäre kontraproduktiv, auch im Sinne einer effektiven Frauenförderung“, betonte Plöger.

Der BDI will weg von „Elitendebatten“. Viel sinnvoller sei es, die Ebenen unterhalb des Aufsichtsrats und des Vorstandes durch deutlichen Aufwuchs der Anzahl qualifizierter Frauen zu fördern. Plöger fordert zudem, auf die „neuen Formen des Wirtschaftens“ zu setzen, vor allem auf jene der Digitalisierung. Flexible Arbeitszeiten, auch Teilzeit könnten ebenfalls dazu beitragen. „Dann muss aber ganzheitlich gedacht werden“, fordert Plöger. Bildung und Ausbildung, Arbeitsrecht und Gesellschaftsrecht aus einem Guss wären dringend notwendig. „Und Digitalisierung trägt ja schon jetzt dazu bei, eine vermeintliche Technikferne von Frauen zu überwinden.“

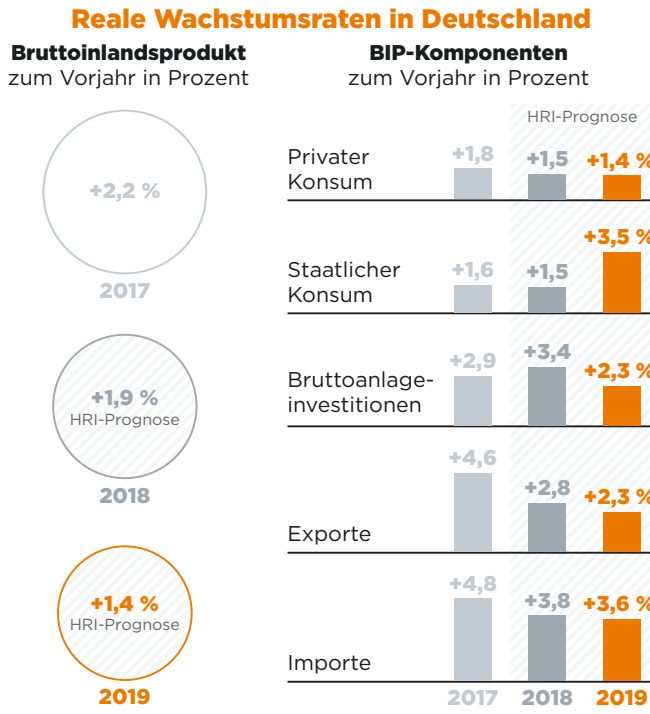
„Regelungen kommen“

Im Ministerium von Franziska Giffey wird indes schon am neuen Gesetz für mehr Gleichstellung gefeilt, das die Zielgrößenverpflichtungen ins Visier nimmt. „Wie die gesetzlichen Regelungen im Einzelnen ausgestaltet sein werden, erarbeiten wir derzeit“, bestätigte ein Ministeriumssprecher dem Handelsblatt. Der Plan sehe vor, dass die nötigen Anpassungen schon im kommenden Jahr umgesetzt würden.

Tatsächlich ist dies der einzige Schritt, den der Koalitionsvertrag zum Thema „mehr Frauen in Führungspositionen“ festlegt. „Das bietet wenig Handhabe für die Ministerin, um mehr zu bewegen“, sieht denn auch Fidar-Chefin Schulz-Strelow. „Dabei muss der miserable Status quo bei Vorständen noch viel mehr in den Mittelpunkt gerückt werden.“ Sie plädiert dafür, über Rankings und die damit verbundene öffentliche Wirkung mehr Druck auf die Wirtschaft aufzubauen.

Den Blick auf den Vorstand zu richten scheint indes Sinn zu machen. Denn hier geht für Frauen kaum etwas voran. So zeigt das aktuelle Managerinnen-Barometer des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, dass der Frauenanteil in den Vorständen der 200 umsatzstärksten Unternehmen zuletzt bei etwas mehr als acht Prozent im Durchschnitt stagnierte. Bei den Dax-30-Unternehmen ging es ganz leicht nach oben, im SDax hingegen verloren Frauen sogar wieder einige Posten. Im Finanzsektor würde es gar 70 Jahre dauern, bis in den Vorständen Geschlechtergleichheit herrschte, bliebe es beim bisherigen Tempo.

So sieht es im Übrigen auch beim traditionsreichen Unternehmen Villeroy & Boch aus, das sich selbst gerne als internationale „Lifestyle-Marke“ in Szene setzt. Nun wurde zwar der Aufsichtsrat wieder quotengerecht besetzt. Der Vorstand ist allerdings zu hundert Prozent männlich.



HANDELSBLATT // Quellen: Destatis, Handelsblatt Research Institute (HRI)

Erscheinung tritt, dürften hier die Preise weiter steigen.

Der Staat profitiert über günstige Refinanzierungsmöglichkeiten weiterhin von den niedrigen Zinsen. Weil die Steuereinnahmen stets etwas stärker als die Wirtschaftsleistung steigen, ist der Fiskus zudem Gewinn-

ner der 2019 auf 2,2 Prozent anziehenden Inflation. Trotz wachsender Ausgaben und Steuerentlastungen wird der Staat daher auch 2019 noch einen deutlichen Haushaltsüberschuss erwirtschaften und kann weiterer Schulden tilgen. Der Schuldenstand wird dann erstmals seit 2002 wieder unter die im Maastricht-Vertrag vorgesehene Marke von 60 Prozent des BIP sinken.

Die deutsche Wirtschaft wird kommendes Jahr bereits zum zehnten Mal in Folge wachsen. Weil aber kein Aufschwung ewig währt, sollte sich die Regierung für einen Abschwung noch in dieser Legislatur wappnen. Es gilt, das Investitionsklima zu verbessern. Das deutsche Unternehmensteuerrecht stammt im Wesentlichen aus den Anfängen dieses Jahrhunderts, als der damalige Finanzminister Hans Eichel (SPD) die Körperschaftsteuer modernisierte. Dieses System wurde 2008 um die Abgeltungsteuer erweitert. Seitdem werden thesaurierte Gewinne von Kapitalgesellschaften mit rund 30 Prozent, ausgeschüttete mit fast 50 Prozent belastet.

Da eine ganze Reihe von Industriestaaten in jüngster Zeit ihre Körperschaftsteuern gesenkt haben, ist Deutschland mittlerweile zu einem Hochsteuerland für Unternehmen geworden. Eine Unternehmensteuerreform, die den Standort Deutschland für internationale Investoren attraktiv macht, würde die Wachstumskräfte der Volkswirtschaft stärken.

Anzeige

interstuhl

JOYCE IS3
COMBINE TILL IT'S MINE.
INTERSTUHL.COM/JOYCE-HANDELSBLATT

ORGATEC
23. - 27.10.2018
Halle 7.1, 3060-C061

PRODUKTDESIGN: DANIEL FIGUEROA

ENJOY SEATING PERFORMANCE.